

Stettiner



Zeitung

105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung.“

No. 266. **Abend-** Sonnabend den 9. Juni. **Angabe.** 1860.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, Allergnädigst geruht:
Dem Divisions-Auditeur Stechow der 4. Division zu Bromberg und dem Garnison-Auditeur Bachofen von Echt zu Stralund den Charakter als Justiz-Rath zu verliehen.

Dem Vice-Direktor der hiesigen Sing-Akademie, M. Blumner, und dem Stabs-Hautboisten des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments, Carl Liebig, ist das Prädikat „Rust-Direktor“ verliehen worden.

Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Das „Journal de St. Petersburg“ vom 6. veröffentlicht, wie dem „Nord“ telegraphirt wird, eine Circularnote des Fürsten Gortschakoff vom 20. Mai, welche den von Rußland im Interesse der Christen in der Türkei gethanen Schritt erläutert. Es wird darin ausgeführt, Rußland habe keine absoluten Vorschläge in Beziehung auf den einzuschlagenden Weg gemacht. Weiter wird dann die Nothwendigkeit einer Untersuchung an Ort und Stelle vorzunehmen, und eine Verständigung zwischen den Großmächten und der Pforte über organische Maßregeln herbeizuführen. Es liege in dem Schritte Rußlands nichts, was die Würde und die Rechte der Pforte verletze; er gehe nur aus dem Wunsche hervor, Verwicklungen vorzubeugen.

Aus Königsberg wird berichtet: Als am 4. d. M. Se. Königl. der Prinz-Regent den Prinzen Friedrich Wilhelm R. H. zum Chef des 1. Infanterie-Regiments ernannte, telegraphirte Prinz Friedrich Wilhelm diese angenehme Ueberraschung sogleich Höchstseiner Gemahlin und erhielt in Instanz von derselben aus Potsdam die telegraphische Antwort: „daß die Ernennung auch ihr viele Freude bereitet und sie den Offizier des Leibbataillons dieses Regiments, Lieutenant Krause, zur Tafel geladen, die 12 Leute aber bewirthet und jedem einen Doppel-Friedrichsdor habe verabreichen lassen.“ Diese so ansprechende Aufmerksamkeit der Prinzessin erzählte Se. Königl. Hoheit den Offizieren seines Regiments, die Höchstder selbe in der Königshalle durch ein Souper bewirthete, mit der scherzhaften Bemerkung, daß diese Leute schon dort Mittag gegessen, während es ihm noch nicht so wohl geworden sei.

Der Besuch des Königs von Bayern in Stuttgart hatte, wie den „Hamb. Nachr.“ von hier geschrieben wird, einen politischen und mit Bezug auf Preußen verschuligten Zweck. Bayern war überhaupt in der letzten Zeit bestrebt, eine Annäherung zwischen Preußen und den Mittelstaaten herbeizuführen. Es hatte vornehmlich dazu beigetragen, die beabsichtigte Interpellation Preußens beim Bunde, sowie die neue Würzburger Konferenz vertagen zu lassen. Die bevorstehende Zusammenkunft des Prinz-Regenten und mehrerer deutscher Souveräne in Baden-Baden wird hiermit in Verbindung gebracht.

Wie bekannt, wollte die hiesige Studentenschaft dem Prof. Dr. Nitsch am Tage seines 50jährigen Jubiläums einen solennen Fackelzug bringen. Derselbe muß jedoch unterbleiben, da der Universitätsrichter Lehner dem Vernehmen nach dem Komitee gegenüber erklärte, er würde seine Zustimmung versagen, selbst wenn Rektor, Senat und Polizei-Präsidium einwilligten.

Die kommerziellen und landwirthschaftlichen Berichte, die uns aus der Provinz Preußen zugehen, knüpfen sämmtlich an die jetzt eröffnete Eisenbahnverbindung mit Rußland die Erwartung, daß endlich die tractatenwidrige Grenzsperrre fallen und die Zollermäßigungen des neuesten russischen Tarifs bald eine Ausdehnung erfahren werden, die den vielseitigen Erzeugnissen des Gewerbefleißes und der Agrikultur zu statten kommt.

Berichte aus Hannover stellen in Aussicht, daß dem in den Grafenstand erhobenen Minister v. Borries eine Dotation zu Theil werden würde, zu welcher die Stände ihre Genehmigung zu erteilen hätten. Man bezeichnet die Domäne Rulthe als die dem neuen Grafen zuge dachte Ausstattung.

Kulm, 6. Juni. Am 24. v. M. wurde vor dem hiesigen Kreisgericht ein Prozeß wider den Redakteur des hier in polnischer Sprache erscheinenden „Nadwislanin“ wegen Beleidigung der Polizei-Direktion in Posen verhandelt. Gegenstand der Anklage waren zwei Korrespondenzartikel aus dem vorigen Jahre, der erste aus Berlin in Nr. 29, in welchem die vorjährige Interpellation des Abg. Dr. v. Megolewski abgehandelt worden. Unter verschiedenen andern Ausführungen wird den Polizeibeamten in Posen auch noch vorgeworfen, daß sie beabsichtigt hätten, einen Aufstandsversuch hervorzurufen. Der zweite Artikel in Nr. 22 ist aus Posen vom 30. Juni datirt, und bespricht die Verhaftung eines Gymnasialisten, welcher bei einer polnischen Theatervorstellung von dem Orchester eine Mazurka zu spielen verlangt. Der Korrespondent nannte dies Verfahren eine Ungerechtigkeit. Nach Erledigung verschiedener Formalitäten und nach längeren Zwischen-Verhandlungen verurtheilte der Gerichtshof, der Pos. Stg. zufolge, den Angeklagten zu einer Geldbuße von 100 Thlrn.

Bromberg, 6. Juni. Unsere Leser werden sich erinnern, daß Herr Regierungs-Präsident Freiherr v. Schleinig Gelegenheit nahm, in dem Hause der Abgeordneten darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahr der hiesigen Schifffahrt durch die Melioration der Tuchler Haide droht. Diese Vorstellungen sind bei Einem hohen Ministerium nicht unbeachtet geblieben. Der Herr Geheime Ober-Baurath Kawerau aus Berlin hat bereits in Gemeinshaft mit den Herren Reg.-Rath Gerhardt und Bau-Inspektor Orthmann die erforderliche Untersuchung ange stellt und wir dürfen hoffen, daß dem Uebelstande abgeholfen wird. — Der schon oft angeregte Bau eines Kanals von Bromberg nach der Weichsel würde dem Holzhandel einen mächtigen Aufschwung geben. Stettiner und Berliner Kaufleute haben sich dafür schon seit Jahren lebhaft interessiert, leider steht auch diesem Projekt wie so vielen andern wünschenswerthen Einrichtungen im preussischen Staate der „Mangel an Fonds“ hemmend entgegen.

Bonn, 6. Juni. Für Arndt's Denkmal sind bis jetzt, einschließlich der aus Staatsfonds zugesicherten 2000 Thlr., im Ganzen 27,152 Thlr. eingegangen. Einen wesentlichen Fortschritt haben die Bestrebungen für Arndt's Denkmal dadurch gemacht, daß Nitsch in Dresden die Ausführung des Standbildes übernommen.

Aus Thüringen, 7. Juni. Die „Wochenschrift des Nationalvereins“ hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens sich bereits nahe an 3000 Abonnenten erworben. Es ist nicht zu leugnen, daß der Inhalt der Wochenschrift bisher ganz geeignet war, Sympathien für die Letztere zu gewinnen. Daß die Mitgliederzahl des Vereins, wie in vielen andern Staaten, so auch in Thüringen fortwährend im Wachsen begriffen ist, dafür zeugen die Mittheilungen der öffentlichen Blätter. Interessant ist es, aus einem polemischen Artikel gegen die „Allgem. Stg.“, welchen die neueste Nummer der „Wochenschrift“ oben bringt, zu ersehen, daß die an der Spitze des Vereins stehenden Persönlichkeiten das bisherige Programm desselben nicht mehr für ausreichend erachten. Die betreffende Stelle besagt: „Es ist nicht die Sache unserer Wochenschrift, dem National-Verein vorzugreifen, wir glauben inbeß sagen zu dürfen, daß innere und äußere Gründe der gewichtigsten Art den National-Verein drängen, seine Bestrebungen an die Fäden der deutschen Verfassungs geschichte anzuknüpfen, welche im Frühjahr 1849 zerrissen wurden.“ Ebenso ist es nicht ohne Interesse, aus einer in derselben Nummer abgedruckten Besprechung einer politischen Flugschrift zu erkennen, daß die Spitzen des Vereins den preussischen Militär-Vorlagen durchaus Beifall geben.

Die Erklärungen gegen die ungeligen Aeußerungen des Grafen Borries mehren sich von Tag zu Tage in allen Theilen Thüringens. Wie man glaubwürdig versichert, wird zwischen den Regierungen der thüringischen Staaten eine gemeinschaftliche Gewerbe-Ordnung vorbereitet, die hoffentlich das Prinzip der Gewerbefreiheit mehr und mehr zur Geltung bringt. Das Publikum leidet in den gedachten Staaten noch sehr an einem engherzigen Zunftwesen.

Meiningen, 5. Juni. Die jüngst stattgehabte Fahnenweihe der Meininger Turner, bei welcher auch die schwarz-rotgoldene Turnersfahne der Koburger erscheinen sollte, hat dem Herzog von Meiningen ein Geständniß entlockt. Einer Deputation der Meininger Turner, welche um Zulassung der die deutschen Farben repräsentirenden Koburger Turnersfahne beim Feste petitionirte, bemerkte Serenissimus wörtlich: „Ich liebe diese Farben nicht“ und die Fahne durfte auch in Folge dessen beim Festzuge nicht erscheinen.

Kassel, 7. Juni. Die neue Verfassung hat man im Volke ruhig und kalt entgegen genommen. Man hat in Kurhessen schon so Vieles erlebt, daß man sich das Nil admirari wohl hat zu eigen machen können. Man wußte auch, daß es so kommen mußte. Denn wenn auch der Kurfürst in der letzten Zeit schwankend geworden war, so konnte doch Niemand auf einen so großen Einfluß, wie die Rückkehr zur Verfassung von 1831 gewesen wäre, bei ihm rechnen. Der Kurfürst hat bei wichtigen Angelegenheiten schon öfters geschwankt, ohne daß in der Stunde der Entscheidung ihm der gute Engel des Landes zur Seite gestanden. — Die neue Verfassung entspricht völlig den ständischen Anträgen von 1857. — Man erzählt sich, die Minister haben geglaubt, die neue Verfassung werde, weil so Vieles darin nachgegeben sei, allgemeine Freude erregen. Ist das wahr, so zeigt das recht, wie wenig diese Männer den Geist im Volke und die höhere — wir möchten sagen ideale — Bedeutung der stattgehabten Bewegung kennen. Man erzählt sich ferner Aeußerungen derselben in dem Sinne, „daß nun endlich auch etwas für das materielle Wohl des Landes geschehen müsse und solle.“ Die guten Leute sollten doch am besten wissen, daß sie — nichts vermögen. Voraus sichtlich wird Kurhessen sein steriles Dasein fortführen; und der Verfassungsabschluß — wenn es ein Abschluß sein sollte — wird daran nichts besser machen.

Aus **Mecklenburg, 6. Juni.** In Sachen der mecklenburgischen Ostbahn (Güstrow-Stettin) liegt bisher auf zuverlässige Weise nur das vor, was zwischen Großherzog. Finanz-Ministerium

und dem Vorstande der mecklenburgischen Eisenbahn-Gesellschaft vorläufig vereinbart und in der General-Versammlung der Aktionäre in Schwerin am 12. v. M. zur Vorlage gekommen ist. Das Ministerium hat nämlich etwa vier Wochen früher den Gesellschafts-Vorständen die Mittheilung gemacht, man sei regierungsfreudig nicht abgeneigt, das Projekt wieder aufzunehmen, eine Bahn in der Richtung von Güstrow über Teterow, Malchin, Stavenhagen und Neubrandenburg zur preussischen Grenze bei Straßburg unter der Bedingung der Fortführung auf preussischem Gebiete über Pasewalk direkt auf Stettin, auf Staatskosten zu erbauen, wenn die mecklenburgische Eisenbahn-Gesellschaft die Verpflichtung übernehme, eine jährliche Beihilfe zur Verzinsung des Baukapitals zu leisten. Nach der bis auf Genehmigung der General-Versammlung geschlossenen Vereinbarung wird letzteres, sollte es sich in Wirklichkeit auch höher belaufen, doch für den Zweck dieses Vertrages auf 5,500,000 Thlr. ein für allemal angenommen; von dieser Summe zahlt die mecklenburgische Eisenbahn-Gesellschaft 1/2 pCt., also 27,500 Thlr. jährlich, jedoch nur dann, wenn und insofern die Betriebs-Resultate der mecklenburgischen Bahn einen hinreichenden Ueberschuß zu solcher Zahlung gewähren, und zwar bis zur Amortisation des Baukapitals, welche der Berechnung zufolge, nach etwa 56 Jahren eintreten soll. Was den Betrieb auf der Ostbahn anbelangt, so haben beide Großherzog. Regierungen sich vorbehalten, denselben entweder in eigene Verwaltung zu nehmen oder sich mit der mecklenburgischen Eisenbahn-Gesellschaft über eine Verpachtung derselben kontraktlich zu vereinbaren. Auf der Basis dieser vorläufigen Bestimmungen soll später ein förmlicher Vertrag geschlossen werden. Damit ist die früher verbreitete Annahme, es werde beabsichtigt, die Erbauung und den Betrieb der Bahn einer englischen Kapitalisten-Gesellschaft zu überlassen, zum Glück ausgeschlossen. Der von dem Gesellschafts-Vorstande proponirten Genehmigung dieser Punktationen stimmte die Generalversammlung der Aktionäre fast einstimmig (239 gegen 4) zu.

Vom Main, 7. Juni. Bei der spanischen Gesandtschaft am Bundestage ist dem Vernehmen nach aus Madrid die nicht ganz unwichtige Nachricht eingegangen, daß die Regierung von den Cortes die Ermächtigung verlangen wird, den bedeutend erhöhten Effectivbestand der Armer, der für die Kriegführung in Afrika, aber auch nur für die Dauer dieser Kriegführung bewilligt worden, in Ermägung der allgemeinen politischen Constellationen in Europa bis auf Weiteres beizubehalten. An der Genehmigung der Cortes zweifelt man nicht.

Karlsruhe, 4. Juni. Die schon längere Zeit verlautbarte Nachricht, daß verschiedene der 1849 ihres Amtes entsetzten Advokaten, Rechtspraktikanten, Aerzte, Lehrer u. wieder in den Staatsdienst aufgenommen werden sollen, scheint sich ihrer Wirklichkeit zu nähern, was im ganzen Lande gewiß die ungetheilteste Freude erregen wird.

Oestreich.

Wien, 6. Juni. Der Reichsrath hat die erste Schlacht geschlagen und gewonnen, die Erophaen dieses Sieges verdienen zwar keine Aufbewahrung im Arsenal der Parlamente, aber sie zeigen von einem Durchbruch der Geschäfts-Ordnung, die man als Zwangsjacke dem jungen Institute anlegen zu müssen glaubte. Die Verathung des Budgets sollte in pleno vorgenommen werden; der Reichsrath schlug es ab. Ein Comité von 7 Personen sollte die Vorberatung pflegen; es erhielt aber das Gegenamendment, 21 Mitglieder ins Comité zu wählen, die Majorität von 42 gegen 14 Stimmen. Jedoch dieser Beschluß mußte erst durch den Präsidenten dem Kaiser zur Sektion vorgelegt worden! Hieraus mag man erkennen, in welchen engen Kreis die Befugnisse einer Körperschaft gebannt sind, welche das Vertrauen des Monarchen berief. Das bedeutungsvollste Wort sprach der Magyare Graf Majlath; sich entschuldigend, daß er der deutschen Sprache nicht ganz mächtig sei, sprach er in der geschicktesten Wendung die Hoffnung aus, „daß die Veröffentlichung der Verhandlungen die tiefgefühlten Wünsche der Bevölkerung und alle billigen Ansprüche erfüllen werde. Bei der Verathung des Budgets seien aber nicht sowohl die materiellen Ziffergruppen als die geistigen Faktoren zu prüfen. Keine Regierung sei theurer, als die über Unzufriedene, die billigste die, welche die größte Masse von Zufriedenen erzeugt.“ — Die Letztäre dieser ersten Verhandlungen erregt im Publikum ein ganz besonderes Erstaunen; man weiß nicht recht, welche Strömung nun die Oberhand hat und ob die widerstrebenden Elemente gegen Oeffentlichkeit und Parlamentarismus auf dem Rückzuge sind. So oft getäuscht, traut man diesen Anfängen keine Entwicklungsfähigkeit zu und doch muß man gestehen, der junge Wein gährt.

Wie der „Wanderer“ meldet, finden in Neesdow seit einiger Zeit Verhaftungen solcher Juden statt, welche auf der Gasse sich befinden, während der Pfarroir mit dem Allerheiligsten den Ringplatz passiert.

Spanien.

Madrid, 5. Juni. Die Regierung hat den Cortes einen Befehl-Entwurf, bezüglich einer Belohnung für die Verwundeten

